



2016/24 Ausland

<https://ads.jungle.world/artikel/2016/24/zwischen-dekadenz-und-patriarchat>

Georgien will Mitglied der Nato werden

Zwischen Dekadenz und Patriarchat

Von **Marcus Latton**

Die georgische Regierung sucht die Anbindung an die EU und will, dass das Land Mitglied der Nato wird. Rechte Kräfte und die orthodoxe Kirche fürchten jedoch den kulturellen Einfluss der westlichen Staaten.

Bewaffnet mit Fleischspießen und Fisch wollten Nationalisten in Georgien am 29. Mai scheinbar eine neue Front im Kampf gegen westliche Dekadenz und ausländische Einflüsse eröffnen. Der Feind war dieses Mal das vegane Kiwi-Café in der Hauptstadt Tiflis. Besucher und Mitarbeiter des Lokals wurden mit Tierkadavern beworfen und geschlagen. Nach Angaben des öffentlichen Rundfunks Georgiens identifizierten die Opfer die Angreifer als Mitglieder der faschistischen Gruppe »Georgische Macht«. Der abstruse Fall sorgte für Aufsehen im Land. In den sozialen Netzwerken solidarisierten sich viele Menschen mit den Betreibern des Cafés und ihrem für Georgien besonders unkonventionellen Ernährungsstil. Unterdessen bestritt die Gruppe »Georgische Macht« auf ihrer Facebook-Seite jegliche Täterschaft. »Vegetariern Fleisch aufzuzwingen, ist nicht unsere Priorität«, schrieb die Gruppe in einer Erklärung. Einige ihrer Mitglieder seien sogar selbst auf Tomatendiät und hätten lange kein gegrilltes Fleisch mehr gesehen.

Das Kiwi-Café bezeichnet sich selbst als einen Ort, an dem Menschen unabhängig von ihrer Nationalität, ihrer Religion, ihrem Aussehen und ihrer sexuellen Orientierung willkommen sind. Für die reaktionären Kräfte im mehrheitlich christlich-orthodoxen Georgien ist diese Haltung allein schon Provokation genug. In dem Land tobt seit der »Rosenrevolution« im Jahr 2003, durch die der Rücktritt des damaligen Präsidenten Eduard Schewardnadse erzwungen wurde, eine Debatte darüber, wie man die angestrebte Bindung an den Westen mit dem orthodoxen Erbe gesellschaftlich vereinbaren könne. Die meisten Georgierinnen und Georgier betrachten spätestens seit dem Krieg gegen Russland 2008, in dessen Folge die abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien sich für unabhängig erklärten, Russland als größte Bedrohung für die nationale Sicherheit. Umfragen zufolge befürwortet eine Mehrheit der Bevölkerung einen Beitritt zur Nato und zur EU.

Doch immer noch haben konservative Positionen in gesellschaftspolitischen Fragen viel Unterstützung. Die Skepsis gegenüber dem Westen speist sich vor allem aus weitverbreiteten homophoben Einstellungen und der Befürchtung, dass die Europäer Georgien letztlich zur Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Ehen zwingen könnten. Ministerpräsident Giorgi Kwirikashwili kündigte im März eine Verfassungsänderung an, die die Ehe ausschließlich als einen Bund zwischen Mann und Frau definiert. Der Vorschlag wird derzeit im Parlament beraten.

Zuvor mussten georgische Politiker ihren Wählern 2014 bei der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU versichern, dass die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe keine Beitrittsvoraussetzung für das Bündnis sei. In diesen und vielen anderen Fragen verfügt die georgisch-orthodoxe Kirche über erhebliche Macht. 83 Prozent der 4,3 Millionen Einwohner des südkaukasischen Staats gehören ihr an. Das geistliche Oberhaupt, Patriarch Ilia II., genießt Umfragen zufolge mehr öffentliches Vertrauen als die meisten Politiker. Zudem wurde der Kirche 2002 per Vertrag eine beratende Rolle in Regierungsangelegenheiten zugestanden. Der 83jährige Ilia II. hat diese Rolle dankend angenommen. Im Dezember vergangenen Jahres forderte er das Recht, Amnestien für Gefangene auszusprechen. 2007 regte er an, Georgien in eine konstitutionelle Monarchie zurückzuführen und die Bagratiden-Dynastie wieder an die Spitze des Staats zu setzen, die im 19. Jahrhundert durch das russische Zarenreich entmachteter worden war. Homosexualität ist dem Kleriker zufolge eine Krankheit, vergleichbar mit Drogensucht. Vor dem 17. Mai 2013 forderte er die Behörden auf, eine von LGBT-Organisationen geplante Demonstration in Tiflis anlässlich des Internationalen Tags gegen Homophobie zu verbieten. Den Protest nannte er eine »Verletzung der Rechte der Mehrheit«. Kurz darauf attackierte am Tag der Demonstration ein von orthodoxen Priestern angeführter Mob die Organisatoren und verletzte viele von ihnen. Trotz seiner guten Beziehungen zu Kyrill, dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, und seiner weitgehenden Übereinstimmung mit den konservativen Werten, die die russische Führung der vermeintlichen Libertinage des Westens entgegensetzen will, befürwortet Ilia II. einen EU-Beitritt Georgiens.